©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GÜNTER PLUM

WIDERSTAND UND ANTIFASCHISMUS IN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN GESCHICHTSAUFFASSUNG

Vorbemerkung des Herausgebers

Niemand, der sich ernsthaft mit der deutschen Opposition gegen Hitler befaßt hat, wird bestreiten, daß an ihr kommunistische Gruppen einen nicht unerheblichen Anteil hatten, trotz der Gemeinsamkeiten im Bereich des Totalitären, die zeitweise auch eine Rolle gespielt haben. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die historische Forschung, wie sie u. a. in Leipzig und Ost-Berlin betrieben wird, in Studien zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung durch Materialdarbietungen unsere Kenntnis des kommunistischen Widerstands bereichert hat. Aber dem monopolistischen Anspruch, daß nur der Kommunismus, nur er überhaupt und nur er konsequent oder durchgängig, den Nationalsozialismus bekämpft habe, muß allerdings scharf widersprochen werden.

Das ist kürzlich auf dem Internationalen Historiker-Kongreß, wo diese These erneut und mit polemischer Zuspitzung vorgetragen wurde, am eindrucksvollsten in einem fast elementaren Ausbruch der Empörung geschehen, zu dem verletzter Wahrheitssinn und leidvolle Lebenserfahrung Hans Kohn als Vorsitzenden einer Hauptsektion bewogen.

Im folgenden soll der Exklusivanspruch wie der Anspruch überhaupt mit einigen wesentlichen Erscheinungen der geschichtlichen Wirklichkeit konfrontiert und zugleich in seiner theoretischen Unterbauung als Teil einer dogmatisch festgelegten Geschichtsansicht untersucht werden.

H. R.

Ein erster Ausdruck der gegensätzlichen Auffassungen über die Opposition gegen den Nationalsozialismus in der „bürgerlichen" und der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung ergibt sich bereits aus der bei der letzteren üblichen Terminologie. Schon im offiziell gebräuchlichen Terminus „Antifaschismus" oder „antifaschistischer Widerstandskampf" vollzieht sich eine Distanzierung vom westlichen Begriff Widerstand auch dann, wenn wir der vereinfachenden Gleichsetzung von antifaschistisch gleich kommunistisch, wie sie Margret Boveri vollzieht, nicht folgen wollen.

Seit das 13. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 den Klassencharakter des Faschismus endgültig formulierte als „offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"[1], geriet jede Oppositionshandlung gegen ihn in die Zwangsjacke des Klassenkampfschemas, wobei es freilich erheblicher Zurechtrückungen bedurfte.

[1] Zitiert nach Gerhard Nitzsche und Karl-Heinz Biernat, Beispiele des Kampfes der KPD gegen die faschistische Kriegsvorbereitung in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1. Jahrgang, 1959, H. 3, S. 495ff.

In etwas abgewandelter Form auch im Bericht G. Dimitroffs vor dem VII. Weltkongreß der KI. Abgedruckt in: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945, Berlin 1958.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schon die Deutung des Faschismus als reinste Ausformung und unverhüllt terroristische Herrschaft des Imperialismus ist eine von den historischen Gegebenheiten erzwungene Ausweitung der Leninschen Imperialismustheorie. 1916 schrieb Lenin seine Abhandlung „Der Imperialismus als das höchste Stadium des Kapitalismus"[2]. Er sprach vom „parasitären oder in Fäulnis begriffenen", in diesem Stadium „sterbenden Kapitalismus". Mit der These „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats"[3], die sich anschloß an die These der Baseler Internationale von 1912, daß der kommende Krieg mit der proletarischen Revolution zusammenhänge[4], mit der Ausweitung der materiellen Voraussetzungen auch auf koloniale und abhängige Länder, legte er die Geschichte fest. Der deutschen Linken vergällte das Scheitern der Novemberrevolution den Jubel über die russische Revolution und die daran geknüpften Hoffnungen, wenn auch die „rechten SPD-Führer" und die „theoretischen Abweichler" wie Kautsky, die Lenin als Opportunisten brandmarkte, die erneute Stabilisierung des Kapitalismus halbwegs zu erklären vermochten. Und Lenin tat ein übriges, indem er die Revolutionsvoraussetzungen im zweiten Vorwort zur obengenannten Schrift (1920) über eine größere Zeitspanne hin ausweitete:

> „Auf dem Boden des durch den Krieg hervorgerufenen Ruins erwächst somit die revolutionäre Weltkrise, ... die nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg[5]."

Dann aber trat statt der erwarteten sozialistischen Revolution aus der Kulisse der Krise der Faschismus auf die Bühne. Zwar ließ sich Lenins Warnung vor der Manövrierfähigkeit der Bourgeoisie zur Not als eine Voraussage differenzierterer Herrschaftsformen des Kapitalismus bewerten[6], wie sie schließlich der VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1928 zusammenfassend darlegte:

---

[2] W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, 5. Auflage, Berlin 1960, Bd. I, S. 709.

[3] A. a. O., S. 716.

[4] Lenin (a. a. O., S. 714.) polemisiert allerdings gegen die Formulierungen von Basel als wenig präzise und sehr opportunistisch.

[5] A. a. O., S. 715.

[6] So Walter Bartel (Probleme des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) H. 5/1958, S. 1003) nach Lenin, Sämtliche Werke Bd. 23, Moskau 1940, S. 247. „In Europa aber, wo ein kluger und umsichtiger Kapitalismus herrscht, der über eine mächtige und straffe Organisation verfügt, geht die Befreiung vom nationalistischen Taumel langsamer vor sich." Einerseits um diese These Lenins am Geschichtsablauf zu konkretisieren, andererseits zur Rehabilitierung der KPD vor der marxistisch-leninistischen Geschichte, schließlich als Beweis für die historische Schuld der „rechten SPD-Führer" folgert Bartel weiter: „Die Ereignisse in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 brachten neue Beweise für diese richtige Leninsche Charakteristik. Bei den Antifaschisten herrschte die Vorstellung, Hitler würde nach dem Beispiel Mussolinis mit einem Marsch auf Berlin die Macht an sich reißen ..." Aber „... die deutsche Bourgeoisie erinnerte sich allzu deutlich des 1920 durch die Arbeiterklasse niedergeschlagenen Kapp-Putsches und der 1923 durch einen Generalstreik verjagten Cuno-Regierung. Sie wußte offenbar, daß die deutsche Arbeiterklasse auf einen Marsch à la Mussolini und auf Verbotstafeln, Ausnahmezustand und Standrecht à la Kapp mit einer Gegenaktion antworten würde, die den Trommler Hitler samt seinen Terrororganisationen zum Teufel gejagt hätte.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Unter besonderen historischen Bedingungen nimmt dieser Prozeß der Offensive der bürgerlich-imperialistischen Reaktion die Form des Faschismus an ... Um ihrer Macht größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, ist die Bourgeoisie in steigendem Maße gezwungen, vom parlamentarischen System zu der faschistischen Methode überzugehen, die von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist[7]."

Erklärtes Ziel des Monopolkapitals bei der Unterstützung dieser Herrschaftsform sei es, „noch einmal die Maximalprofite sicherzustellen". Daraus erkläre sich auch die blutige Unterdrückung der Arbeiterparteien.

Doch ließen diese Thesen das Dilemma offen, die Massenbasis des Nationalsozialismus wegdisputieren oder erklären zu müssen. Die Einordnung des Faschismus als Extremform des Imperialismus setzt, der Lehre von der Geschichte als Entwicklung der Produktionsverhältnisse folgend, eine so weitgehende Akkumulation des Kapitals voraus, daß jene Massenbasis als Seitensprung der Geschichte erscheinen muß. Mannigfaltig sind denn auch die Versuche, die unleugbare Tatsache einzuarbeiten oder zu umgehen[8]. So schreibt Wilhelm Pieck 1935:

„Es gelang (der Bourgeoisie), die Hitlerpartei, die ihre chauvinistische Ideologie mit einer hemmungslosen sozialen Demagogie und Betrügerei verband, zur Trägerin einer Massenbewegung zu machen ... Der Faschismus versuchte den werktätigen Massen einzureden, daß ihre Interessen verbunden seien mit den Zielen des Finanzkapitals und den Eroberungsplänen der Imperialisten[9]."

Daß es ihm gelang, daß „das deutsche Volk ... in seiner Mehrheit Hitler bis zum bitteren Ende" folgte[10], muß jeder ernsthafte marxistisch-leninistische Historiker zugeben. Als eindrückliches Beispiel für dieses Dilemma bietet sich die Saarabstimmung im Jahre 1935 an. Mit allen Mitteln der Propaganda hatte sich die Kommunistische Partei bemüht, Hitler und dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten. Doch das Gefühl nationaler Zugehörigkeit in der Saarbevölkerung zerstörte die Hoffnungen der KPD so eindeutig, daß Wilhelm Pieck schon 1935 erklärte:

„Die faschistische Diktatur hat während ihres zweieinhalbjährigen Bestehens einige Erfolge aufzuweisen, sowohl in der Saarabstimmung als auch in der Durchsetzung der militärischen Aufrüstung und Kriegsbereitschaft des deutschen Imperialismus[11]."

Darum Hitlers ‚parlamentarischer' Weg zur faschistischen Macht, ein Weg, der den rechten sozialdemokratischen Führern das Argument in die Hand spielte, Hitler sei von den Paragraphen der Weimarer Republik gefesselt und Gefangener seiner eigenen Koalitionspartner. Die Geschichte hat diese lächerliche Argumentation widerlegt, aber sie hielt genügend lange einen großen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter von gemeinsamen Aktionen mit den Kommunisten gegen den Faschismus ab, bis die faschistische Konterrevolution genügend gefestigt war, um auf den ‚demokratischen' Schein verzichten zu können."

[7] Protokoll des VI. Kongresses der KI, Bd. 4, Berlin 1928, S. 57f. – zitiert nach Walter Bartel a. a. O.

[8] Dazu u. a. Walter Bartels Darstellung der Machtergreifung, Anm. 6.

[9] Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Auswahlband, Berlin 1948, S. 8.

[10] Walter Bartel a. a. O., S. 1014.

[11] Wilhelm Pieck, Reden a. a. O., S. 8.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dabei ist zu beachten, daß diese Bewertung durch den Wiederabdruck der Rede im Jahre 1948 erneut aufgenommen wurde. Aber die Schwierigkeit ist unverkennbar.

Darüber kann weder der von Otto Winzer erneut gemachte Versuch hinwegtäuschen, „Kleinbürger aus Stadt und Land, Teile des Bürgertums und lumpenproletarische Elemente" für jene Massenbasis auszugeben und zugleich die „entscheidende Schwäche des faschistischen Regimes in dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Klassencharakter . . . und seiner Massenbasis"[12] zu sehen, noch die Flucht seines Rezensenten in eine Art gütiger Vorsehung, die dem Antifaschismus die Massenbasis im Anfang vorenthielt und dadurch ermöglichte, den objektiven Bedingungen gemäß in den einzelnen Perioden des Kampfes die Basis für eine gemeinsame antifaschistische Kampffront um so sicherer zu verbreitern[13]. Winzer rettet das Grunddogma, das eine faschistische Massenbasis verbietet, und bringt sich mit den eigenen Argumenten in Widerspruch, wenn er sich bemüht, den Zusammenbruch des Faschismus auch ohne das Dazutun der KP als eine nach marxistisch-leninistischem Geschichtsverständnis voraussehbare Notwendigkeit darzustellen. Lothar Berthold stößt sich an der Unvereinbarkeit vor allem der letzteren Konstruktion mit der Feststellung, daß die Einheitsfront geschichtlich notwendig sei. Sein Lösungsversuch übersieht den Mißerfolg des auf dem Klassenkampf beruhenden antifaschistischen Widerstands und scheitert an der unbotmäßigen Wirklichkeit.

Leo Stern weiß, wie es scheint, sehr wohl um die Engpässe des ökonomischen Begriffsapparates, durch die die Vielfalt der historischen Ereignisse hindurchgetrieben werden muß, – wenn er sie auch nicht ausdrücklich nennt. Sein Aufsatz „Der deutsche Revanchismus nach dem Zweiten Weltkrieg und die bürgerliche Geschichtsschreibung"[14] ist in seinem ersten Teil der offenbare Versuch, die angedeuteten Schwierigkeiten zu überwinden. Schon 1914 und 1918 verriet nach ihm die rechte SPD-Führung den prinzipientreuen, auf Marx aufbauenden Sozialismus durch ihren Pakt mit der imperialistischen Bourgeoisie. Sie dehnte diesen Pakt auch auf den Faschismus aus, spaltete die Arbeiterklasse, desorientierte sie über ihre wahren Ziele und verhalf so dem Faschismus zur Macht. Diese Darstellung kann L. Stern auf Lenins Theorie aufbauen, der bereits in seinem Aufsatz über den Imperialismus auf die Abspaltung eines opportunistischen, mit monopolistischen Extraprofiten bestochenen Teils der Arbeiterklasse (damals vor allem unter Leitung

[12] Otto Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Berlin 1955, und Lothar Berthold, Besprechung des Buches von Otto Winzer, ZfG 1956, S. 1061.

[13] Lothar Berthold, Besprechung, a. a. O.: „Es wird nicht deutlich genug, daß sich auf Grund der Bedingungen des Kampfes in Deutschland neue Möglichkeiten ergaben, die Aktionseinheit der Arbeiter herzustellen und immer breitere Kräfte in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen, und daß es die KPD sehr gut verstand, in den einzelnen Perioden des Kampfes solche Forderungen zu stellen, die entsprechend den objektiven Bedingungen die Interessen dieser Kräfte zum Ausdruck brachten und sie für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf gewinnen konnten."

[14] ZfG, VIII Jahrgang 1960, H. 3.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Kautsky und Bauer) als im Imperialismus gesetzmäßig und charakteristisch verwies. Es sei daran erinnert, daß diese Linie bis zur SPD der Bundesrepublik durchgezogen wird, der man damit, vor allem seit Godesberg, die Hauptschuld auch am angeblichen Wiedererstehen des Faschismus in der Bundesrepublik aufbürden möchte.

Jenes immer erneute Ausbleiben der sozialistischen Revolution seit Lenins Thesen über den Imperialismus, der trotz Kriegen und Krisen, trotz unmittelbarer Nähe der allseitigen Vergesellschaftung des Kapitals und einer neuen Gesellschaftsordnung[15] in Deutschland erst sehr spät und dann auch nur in einem Teil des Landes umschlägt in die neue Qualität des Sozialismus – dazu nur unter dem militärischen Druck der Sowjetunion –, dieses Ausbleiben verwischt Stern dadurch, daß er die Krise des Kapitalismus ausdehnt und in Etappen zerlegt, deren zweite, gekennzeichnet durch die Bildung eines sozialistischen Lagers und den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, derzeit das Weltgeschehen bestimmt. Mit dem Problem des Ausbleibens der sozialistischen Revolution wird eine erste „unpassende" historische Erscheinung berührt, die das Bild des antifaschistischen Kampfes erheblich trübt.

Die Auffassung vom Klassencharakter des Faschismus bezieht notwendig den Antifaschismus in das System der Klassenkämpfe ein. Antifaschismus kann für den marxistisch-leninistischen Historiker nicht nur Opposition gegen Hitler sein. Für ihn kämpfen Antifaschisten ebenso in den Volksfronten Frankreichs und Spaniens wie gegen das monarcho-faschistische System Bulgariens und Italiens, ebenso in den Fremdarbeiterlagern in Deutschland wie in der Resistance und den Partisanengruppen.

Antifaschismus wird zum weltumspannenden Verteidigungs-, besser noch Revolutionskampf des Proletariats und der ihm Gleichgesinnten gegen den Imperialismus[16]. Die deutschen Antifaschisten kämpften, so schreibt Walter Bartel, „im Lande, außerhalb des Landes, in den Betrieben, Orten und Städten, im Zuchthaus, Gefängnis und KZ, in den internationalen Brigaden, die auf Spaniens Boden für die Freiheit der Völker kämpften, in den Partisanenabteilungen vieler europäischer Städte, sie führten ihn auf sowjetischer Seite unmittelbar an der Front, sie führten ihn in Wort und Schrift, mit der Kraft der Idee und der Schärfe der Waffe[17]."

Auch die von der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung vertretene zeitliche Begrenzung des Antifaschismus deckt sich daher nicht mit dem zeitlichen Ansatz, den die westliche Geschichtsschreibung für die Opposition gegen Hitler herausgearbeitet hat. Antifaschismus muß sich nach östlicher Geschichtsvorstellung

---

[15] Lenin a. a. O., S. 726.

[16] Nikifor Gornenski, Über die antifaschistische Widerstandsbewegung und den bewaffneten Kampf in Bulgarien, ZfG 5/1958; S. Anvaer, Material über den antifaschistischen Kampf der Sowjetbürger in der deutsch-faschistischen Gefangenschaft, ZfG 2/1960.

Internationale Konferenz über den antifaschistischen Widerstandskampf der Studenten Europas. ZfG 2/1960.

[17] Bartel a. a. O., S. 1004.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sofort und überall da regen, wo faschistische Staats- und Gesellschaftsformen aufkommen, wo sich durch nach rechts tendierende Regierungskoalitionen oder Präsidialkabinette Staatsumbildungen zum Faschismus hin anzeigen.

Die Deutung der Pariser Ereignisse im Februar 1934 ist ein Beispiel dafür, daß solche Vorannahmen ein gewaltsames Umbiegen der historischen Wirklichkeit nicht immer vermeiden können. Man wertet sie als einen erfolgreichen, von der PCF (Parti Communiste Français) geführten Abwehrkampf gegen einen faschistischen Putschversuch und als Wurzel der Volksfrontregierung Léon Blums, obgleich die PCF zuvor die Stimmungsmache gegen die Regierung Daladier eifrig mitbetrieben und die „Humanité" zur Teilnahme an der Demonstration der rechtsorientierten antiparlamentarischen Ligen als „agents provocateurs" aufgerufen hatte. Tatsächlich bestand der „Erfolg" darin, daß dem während des Aufstandes zurückgetretenen Kabinett Daladier ein Kabinett der „Nationalen Einigung" mit Doumergue, Barthou, Herriot und Tardieu folgte. Die Beteiligung der PCF an den Gegendemonstrationen der Gewerkschaften und Sozialisten nach dem Marsch auf das Palais Bourbon kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Initiative zu diesen gemeinsamen Aktionen von den „Militants"[18] ausging, daß die PCF ihnen nur im Sinne ihrer alten Taktik folgte („Zusammenschluß an der Basis bei gleichzeitiger Frontstellung gegen die sozialistischen Führer . . .") und mit ihrem taktischen Wechsel weniger die zum Faschismus neigenden Kräfte als das parlamentarische System als solches treffen wollte.

Sicher haben sich Möglichkeiten zur Bildung der Volksfront, mehr noch der „Einheitsfront aller Werktätigen", in diesen Ereignissen angezeigt. Die Erfahrungen der französischen Kommunistischen Partei haben gewiß auch die Analysen und Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zur Haltung und Taktik der kommunistischen Parteien gegenüber dem Faschismus beeinflußt. Doch sollte die grundsätzliche Kehrtwendung im Gefolge dieses Kongresses nicht übersehen werden. Autoren, die von der These eines ungebrochenen antifaschistischen Kampfes von 1922–1945 nicht abgehen wollen, sehen sich daher gezwungen, die Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf dem VII. Weltkongreß zu vernachlässigen oder erst 1935 mit der Materialdarbietung einzusetzen, wie Wilhelm Pieck in seinem Auswahlband.

Nicht weniger scharf bricht der Hitler-Stalin-Pakt mit der These von der Kontinuität des antifaschistischen Kampfes und zwingt so den marxistisch-leninistischen Historiker zu krampfhaften Umdeutungen des Intermezzos. Der Absprung vom kompromißlosen Antifaschismus, der damit geschah, ist nicht zu leugnen. Mag man auch die Rettung von Millionen von Menschen östlich der Curzon-Linie „vor dem faschistischen Joch" als eine Art von Antifaschismus auf höchster Ebene preisen[19] und die sowjetische Friedensliebe herausstellen, Tatsache ist, daß die kommunistischen

[18] Dieser Darstellung liegt der Aufsatz von Rudolf von Albertini, Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich, in dieser Zeitschrift VII (1959), S. 130, zugrunde.

[19] Stefan Dornberg, Die Antihitlerkoalition und die Beziehungen zwischen den Großmächten, in: Der Zweite Weltkrieg, Berlin 1959, S. 162.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parteien Europas gleichwohl vor neuen Zielsetzungen und veränderten Abhängigkeiten standen. Über Nacht sahen sie sich aus der Rolle der Vorkämpfer einer ideologischen Offensive hinaus- und in die des Dieners fremder Staatsinteressen hineinlanciert. War bis dahin die Sowjetunion ihr ideologisches Vaterland gewesen, dessen Handeln durch das gleiche Fernziel der Weltrevolution mit dem ihren koordiniert war, so sahen sie dieses Fernziel nun überwölbt von der Staatsraison der Sowjetunion und sich selbst als sowjetische „Staatsbürger" im Außendienst. Die Losung hieß nicht mehr: weltumspannender Antifaschismus; die neue außenpolitische Linie verlangte nach Stillhalten, nach destruktiver Agitation im eigenen Land, nach Unterordnung unter die neue sowjetische Linie. Stalin, der für den Fall eines Kriegseintritts auf der Seite der Westmächte fürchtete, daß sich der erste Stoß Hitlers gegen Rußland richten würde, während England und Frankreich hinter der Maginotlinie abwarteten, wollte die Sowjetunion unter allen Umständen aus dem Krieg heraushalten. Sicher spielte dabei auch die Idee eine Rolle, den Spieß umzudrehen und seinerseits der „Selbstzerfleischung der Imperialisten" zuzuschauen, wie auch das freundliche Verhältnis zum Nationalsozialismus dazu auszunützen, den Kommunisten in den von den Nationalsozialisten im Zuge der Kriegshandlungen besetzten Gebieten Startpositionen und Einflußmöglichkeiten zu sichern, ganz abgesehen von der Aussicht auf territoriale Gewinne in Polen.

Die Unterordnung des „Antifaschismus" unter die so motivierte sowjetische Außenpolitik läßt sich an der Schwenkung der Propaganda der kommunistischen Parteien klar ablesen. Während die englische und französische Kommunistische Partei zu Beginn des Krieges die „faschistischen Mordbuben" brandmarkten und den Krieg gerecht nannten, überhäuften sie nach einer kurzen Periode des Zuwartens, in der der vorläufige Sieger erkennbar wurde, und an deren Ende die Sowjetunion ihre polnische Beute überstürzt einholen mußte, die Regierungsparteien im eigenen Land mit Schmähungen. Nicht länger trugen nur die Faschisten die Schuld am Kriege, auch den herrschenden Klassen Englands und Frankreichs sagte man einen Anteil an seiner Entfesselung nach. Der Krieg wurde nicht mehr als Kampf der Demokratien gegen den faschistischen Agressor interpretiert, sondern als Kampf der Arbeiterklasse in allen am Krieg beteiligten Ländern gegen die „ausbeuterischen Großkapitalisten" Europas. Dabei richtete sich die Spitze weit deutlicher gegen die Regierungen und „Imperialisten" der Westmächte als gegen den Nationalsozialismus. In diesen antikapitalistischen Chor konnten die deutschen Kommunisten einstimmen, während sie gegen den Nationalsozialismus Stillhaltetaktik übten.

Erst nach der offenbaren Wende im deutsch-russischen Verhältnis seit dem Molotow-Besuch in Berlin, mit dem langsamen Erstarken Englands und der wachsenden Angriffsdrohung gegen die Sowjetunion pendelte die Haltung der europäischen Kommunisten ins antifaschistische Fahrwasser zurück und erreichte mit dem Abschluß des Bündnisses zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die Linie der „Großen Allianz". Dieser neue Antifaschismus entsprach wiederum völlig der sowjetischen Außenpolitik, von der er sich nie ganz zu lösen vermochte.

Die gleiche, jeder Umdeutung widerstrebende Sprengwirkung für das Schema

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des kontinuierlich antifaschistischen Kampfes wohnt der Haltung der KPD zu Anfang der dreißiger Jahre inne. Sicher finden sich Tatsachen und Zitate, die bei entgegenkommender Deutung den Wunsch nach grundsätzlicher antifaschistischer Kampfstellung vor und in den ersten beiden Jahren nach der Machtergreifung belegen. Der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und die Antikriegskampagne der KPD von 1930 werden im gleichen Atemzuge genannt wie Georgi Dimitroffs Bravourstücke vor dem Reichsgericht, Thälmanns Ausspruch: „Hitler, das ist der Krieg", oder Zeitungsartikel wie der aus der „Jungen Garde" vom November 1932:

> „Die Kapitalshyänen greifen durch die Regierungsumbildung zu der blutbesudelten Hungerpeitsche, um mit den Terrormethoden des Faschismus die kampfgewillte Proletarierjugend niederzuschlagen[20]."

Mit der Berufung auf einzelne Tatsachen und Zitate, die den Blick auf die wahre Taktik der KPD vor 1933 jedoch nur schwer zu verstellen vermögen – der Hinweis auf den Berliner Verkehrsstreik von 1932 und die parlamentarische Praxis mag genügen –, ging schon der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 in Moskau ins Gericht. Die Machtergreifung des Faschismus sei nur möglich gewesen,

> „weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie getrieben wurde, gespalten und gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war. Die kommunistischen Parteien aber waren nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen in Bewegung zu bringen und sie in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen[21]."

Der Kongreß rügte an der KPD, daß sie ihre Taktik nicht rechtzeitig geändert habe; sie hätte frühzeitiger ihre Stoßrichtung auf den Faschismus lenken, die Aktionseinheit der gesamten Arbeiterschaft suchen und ihre Frontstellung gegen die SPD aufgeben müssen. Die Forderung, so hieß es überdies, nach der sozialistischen Revolution hätte in diesem Stadium der politischen Reife der Arbeiterschaft nicht gestellt werden dürfen.

> „Die KPD habe . . . lange Zeit das Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht in Rechnung gestellt, das Programm der nationalen und sozialen Befreiung zu spät herausgebracht und es dann nicht genügend unter den Massen popularisiert[22]."

Damit machte der Kongreß das Zugeständnis, daß man, auf Grund einer verfehlten Einschätzung der faschistischen Tendenzen, den Hauptgegner erst zu spät und nur ungenügend bekämpft habe – eine Auffassung, die freilich der These von der Kontinuität des antifaschistischen Widerstandes der kommunistischen Parteien Europas strikt zuwiderläuft. Zugleich ergibt sich daraus, daß die Forderung

---

[20] Heinz Kühnrich, Zur Tätigkeit der kommunistischen Jugendverbände Deutschlands im antifaschistischen Widerstandskampf, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1959, Heft 3, S. 643.

[21] G. Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Berlin 1958, Bd. 2, S. 535f.

[22] Bartel a. a. O., S. 1006.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stalins, den „Hauptschlag gegen die Paktiererparteien" zu richten, schon in dieser Situation überholt war. Und auch die ursprüngliche und erst im letzten Moment preisgegebene Taktik der KPD, die Weimarer Republik zu zersetzen, wurde damit als prinzipiell falsch und für den Nationalsozialismus als geradezu fördernd ausgewiesen.

Bereiten schon diese Vorgänge den östlichen Historikern Schwierigkeiten, so werden sie noch größer angesichts der Richtlinien des VII. Weltkongresses in Moskau und ihrer Auswertung auf dem Parteikongreß in Brüssel. Die Zukunftsaufgabe aller kommunistischen Parteien sei es, so hieß es hier, eine Aktionseinheit der Arbeiterklasse anzustreben und eine antifaschistische Volksfront aller Werktätigen, Bürger und Intellektuellen aufzubauen. Zwar versuchte Wilhelm Pieck auf der Parteikonferenz nochmals, die Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus und des Faschismus in der „Klassenzusammenarbeit der SPD mit der Bourgeoisie" zu finden, an der Kritik jedoch änderte das ebensowenig wie an der Tatsache eines neuen Kurses.

Durch Moskau und Brüssel ist mit diesem neuen Kurs endgültig ein Bild vorgegeben, dem sich der Antifaschismus einzupassen hat. Zusammen mit den schematisierenden marxistisch-leninistischen Kategorien und ihrem Begriffsapparat bestimmt es, was Widerstand sein kann und was nicht. Die antifaschistische Einheitsfront der Werktätigen und die antifaschistische Volksfront aller bürgerlichen und intellektuellen Demokraten und Patrioten kämpften danach unter der Führung der „tapferen und im Antifaschismus einzig konsequenten" Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands gegen den Nazifaschismus. Das Berner Programm von 1939, unterzeichnet von Pieck und Ulbricht, von Breitscheid, von Heinrich Mann[23] und Arnold Zweig, umreißt das Ziel der angestrebten Volksfrontregierung:

> „Das Zentralkomitee der KPD wiederholt ausdrücklich vor allen Sozialdemokraten, Katholiken, Demokraten, vor allen verantwortungsbewußten Deutschen, daß die Politik der KPD fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in engster Gemeinschaft mit allen fried- und freiheitsliebenden Deutschen Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Republik zu setzen . . .[24]."

In dieser Republik sei der Faschismus mit der Wurzel auszurotten, das Trustkapital zu enteignen; Armee, Polizei und Beamtenapparat hätten eine Existenzberechtigung nur als Stützen der Demokratie.

„In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht

[23] Nach Lothar Berthold, Der Kampf der KPD gegen den drohenden Krieg, ZfG 3/1960 schrieb Heinrich Mann: „Wenn die Arbeiter und die Bauern, mit den Intellektuellen, die Macht haben werden, nur dann wird die Kriegsdrohung, die jetzt den Geist der westlichen Nationen verwirrt und schwächt, von Europa entfernt sein: die Menschheit wird aufatmen . . ."

[24] Berthold a. a. O. Dazu auch Fritz Knittel, Die KPD – die einzig führende und organisierte Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes. ZfG Sonderheft „Zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution", 1958, S. 190. Ludwig Einicke, Die antifaschistische Bewegung und der Freiheitskampf der Völker, in: Beiträge zur Geschichte der dt. Arbeiterbewegung. Sonderheft zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus, 1960.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen[25]."

Unter dem Pankow-Regime gilt dieses Programm, das Zielsetzung und Taktik aller antifaschistischen Zusammenschlüsse der Folgezeit bestimmte, als verwirklicht. Führt man sich die Stufen in der Konstituierung dieses Regimes vor Augen, so findet man der Form nach jede einzelne Forderung des Programms erfüllt. Die antifaschistische Bewegung kann somit in die Rolle des Stammvaters und Vorkämpfers einrücken; die „DDR" versteht sich als Hüter ihres geistigen Erbes. Wenn die antifaschistische Widerstandsbewegung

„die Schande auch nicht abwenden konnte, daß es erst fremder Waffen bedurfte, um das Joch der Hitlerverbrecher los zu werden, so ist es doch gewiß, daß der Geist (der antifaschistischen Widerstandsbewegung) . . . des fortschrittlichen Teils des deutschen Volkes sich bemächtigt hat, und so darf (sie) das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, der jungen demokratisch-faschistischen Einheitsfront als Vorbild vorangegangen zu sein[26]."

Dadurch geraten alle diejenigen Personen und Gruppen, die in einer Oppositionshaltung gegen Hitler standen, unter den doppelten Zwang, den allgemeinen Anforderungen des klassenkämpferischen Schemas ebenso genügen zu müssen wie dem spezifischen Idealbild des antifaschistischen Ahnherrn der „DDR". Diesem doppelten Wägen fällt jeder Widerstand zum Opfer, dessen Motive und Zielvorstellungen unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes auf der bürgerlich-kapitalistischen Seite liegen, muß sich aber auch der Diffamierungen gefallen lassen, der den Weg des „Fortschritts" nicht unter der Führung der KPD ging.

Unter dem Stichwort Goerdeler-Gruppe zusammengefaßt und unter dessen innen- und außenpolitisches Programm gestellt, werden alle die Männer und Frauen aus der Liste des Widerstandes gestrichen, die sich ein „anderes Deutschland" erhofften, das weder nationalsozialistisch noch kommunistisch, das freiheitlich und nicht totalitär ist. Sie werden abgetan als unverbesserliche Imperialisten, die Hitler den Weg zur Macht bereiteten, aber, angesichts der drohenden Niederlage durch die sozialistischen Armeen, ihre kapitalistische Position durch einen Absprung aus der dem Abgrund zurasenden Staatskarosse retten wollten. Eine Reihe von Klischees, die als Todsünden wider den Geist des „historischen Fortschritts" gelten, bieten sich zur Begründung dieses Verdammungsurteils an: die Absicht führender Nationalsozialisten, das eigene Leben aus dem Chaos des Unterganges zu retten, die an-

[25] Lothar Berthold a. a. O.

[26] Otto Korfes, Zur Geschichte des Nationalkomitees Freies Deutschland, ZfG 6/1958, S. 1296.

Fritz Knittel a. a. O. „Sie haben es nicht vermocht, den Hitlerfaschismus aus eigener Kraft zu zerschlagen, aber ihr opfervoller Kampf rettete die Ehre der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung fand ihre Erfüllung mit dem Sieg der Sowjetunion und der Befreiung der Völker vom Joch des Hitlerfaschismus."

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fänglichen Sympathien einzelner Oppositioneller für den noch nicht durchschauten Nationalsozialismus, Verbindungen zur Industrie und Finanzwelt, nicht ins Grundsätzliche hinabreichender Ressortwiderstand, Kontaktversuche zu den „imperialistischen" Westmächten. Durch Verallgemeinerungen und Vereinfachungen werden alle diejenigen zu Imperialisten gestempelt, die im eigenen Schema nicht unterzubringen sind. Trifft eines der Klischees zu, werden die übrigen mitunterschoben. Das Blickfeld bleibt nur offen für das Schwarz-Weiß-Gemälde der Gruppierungen des Klassenkampfes. Der Gewissenskonflikt des einzelnen, der Sieg dieses Gewissens über traditionelle Loyalitäten, der Schritt vorwärts aus einem reaktionären Weltbild heraus – überhaupt die Persönlichkeit in ihrer Vielschichtigkeit, sie bleiben außerhalb jeder Erwägung. Alle antikommunistischen Widerstandskämpfer erscheinen gleichermaßen im farblos-theoretischen Gewande des „Imperialisten" oder „rechten SPD-Führers".

Zwei Grenzfälle sind geeignet, die Behandlung des Antifaschismus und Widerstands in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung zu beleuchten, einerseits die Gruppe um Stauffenberg (nach kommunistischer Vorstellung ist Antifaschismus nur in Gruppen möglich), andererseits die „Rote Kapelle". Davon wird die eine diesseits, die andere jenseits des Eisernen Vorhangs nur bedingt anerkannt. Die Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe, wie sie zumeist im Osten genannt wird, gilt dort als eine Volksfrontgruppe unter der Führung von Kommunisten, unterscheidet sich aber in nichts von den anderen anerkannten Gruppen rein kommunistischer Prägung. Farblos verschwimmen die Persönlichkeiten eines Harnack, eines Kuckhoff im gleichförmigen Heer der Antifaschisten. Etwas von fröstelnder Öde weht den Leser etwa der Quellensammlung „Damit Deutschland lebe" an. Nicht die Größe oder Schwäche des Menschen in dieser oder jener Entscheidung fordernden Situation, nicht der Ton persönlicher Briefe und Gespräche zeichnen das Bild des Antifaschismus, sondern die kalte Norm der Streikstunden und verteilten Handzettel. Verbinden die einen mit dem Namen etwa von Adam Kuckhoff jene schlichten, erschütternden Zeilen an seinen kleinen Sohn[27], zählen die anderen nur die für die Zwecke antifaschistischer Propaganda gefertigten Schablonen. Daß die Frage des Landesverrats oder der „beiden Kreise" im Osten gar nicht aufgeworfen wird, versteht sich von daher, daß das nationale Moment zum Beweis der antinationalen Haltung der Goerdeler-Gruppe dienen muß. Daß umgekehrt der nicht „unpatriotisch" gewesen sein kann, der mit den Sowjets kooperierte, erscheint als ebenso selbstverständlich.

Bezeichnender noch ist der Versuch, Klaus Schenck von Stauffenberg und eine ihm zugewiesene Gruppe in den Rahmen des Antifaschismus einzuspannen, ebenso wie man halbwegs auch die „Weiße Rose" und Persönlichkeiten wie Probst Lichtenberg oder Bischof von Galen, die so sichtlich allen politischen und ökonomischen Fragen fern standen, als Antifaschisten anerkennt, um durch eine solche willkürliche Annexion die Volksfrontbewegung imposanter zu gestalten. Vor allem aber

[27] Margret Boveri, Der Verrat im XX. Jahrhundert II, Hamburg 1956, S. 62.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reklamiert man Stauffenberg, obwohl manche der schon genannten Klischees auf ihn und die Angehörigen „seiner Gruppe" durchaus zutreffen würden und man sie deshalb, d. h. von dem vorgegebenen Klischee aus, ebenso wie Goerdeler und Beck, als „Friedens- und Volksfeinde" betrachten könnte. Jedoch übersieht die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung, indem sie dem nationalen Motiv und der Bemühung um den Frieden nicht gerecht wird, offenbare Gemeinsamkeiten zwischen den leitenden Persönlichkeiten des Widerstandes. So heißt es in einer vom Institut für Militärgeschichte herausgegebenen Broschüre von der „Stauffenberg-Gruppe":

> „In ihr waren Menschen vereinigt, die sich in ihrem Handeln von wirklich patriotischen Zielen leiten ließen. Sie müssen deshalb von der . . . politischen Gesamtbeurteilung der Verschwörung vom 20. Juli ausgenommen werden[28]."

Diese Gruppe habe sich nach der Niederlage von Stalingrad unter dem Einfluß des „Nationalkomitees Freies Deutschland" gebildet. Vom Kreisauer Kreis – er wird von einzelnen Autoren „fortschrittlicher" genannt – seien Reichwein, Leber und Trott zu Solz zur Stauffenberg-Gruppe gestoßen. Ganz zweifellos stehen sie in vielen Fragen in klarem Gegensatz zu Goerdeler, aber dieser Gegensatz wird von der östlichen Geschichtsschreibung einseitig hervorgehoben und für das Ganze genommen. Insbesondere bildet die Bereitschaft, mit Kommunisten und Linkssozialisten ins Gespräch zu kommen[29], den Hintergrund für die „Herein-Interpretation" Stauffenbergs in das Schema des Antifaschismus. Zudem sucht man mit Aussagen der Schwester Merz von Quirnheims und des Sohnes des Generals Lindemann die Zusammenarbeit Stauffenbergs mit dem Nationalkomitee und dem „Bund Deutscher Offiziere" zu belegen[30]. Daß auch der „Völkische Beobachter" als Beweis für diese Zusammenarbeit herangezogen wird, zeugt von einer „Gläubigkeit", die selbst für überzeugte Nationalsozialisten beispielhaft gewesen wäre. Tatsächlich kann von einer solchen Zusammenarbeit nicht die Rede sein. Hingegen fällt es auf Grund der Quellen nicht so schwer, Stauffenberg und „seine Gruppe" als „echte Patrioten" zu bezeichnen, die der Masse der Werktätigen die Hand reichen wollten. Als Symbol dafür wird gerne Stauffenbergs angeblich letztes Wort zitiert, das gelautet habe: „Es lebe das freie Deutschland!" Man kommentiert den Ruf:

> „Er dokumentierte damit gleichsam ein letztes Mal, daß er sich in seinen politischen Ansichten prinzipiell von Goerdeler unterschied, der in seiner Todesstunde seine Anhänger aufrief, Hitler und seine Politik mit allen Kräften zu unterstützen[31]."

[28] Zur Vorgeschichte der Verschwörung vom 20. Juli 1944, verfaßt von einem Autorenkollektiv des Instituts für deutsche Militärgeschichte in Leipzig, Berlin 1960, S. 88.

[29] Von der Verhaftung Lebers und Reichweins im Anschluß an ein solches Kontaktgespräch schweigt man gerne.

[30] Zur Vorgeschichte a. a. O., S. 92ff.

Jene „Belege" müssen schon in der dargebotenen Form als fragwürdig angesprochen werden. Nicht nur, daß sich die eidesstattlichen Erklärungen als solche nicht nachprüfen lassen, in keiner der zitierten Erklärungen ist eindeutig die Rede von einer Verbindung zum NKFD oder BDO. Lediglich durch geschickte Verbindung der Aussagen mit einer sehr „schlichten" Konstruktion versucht man den Eindruck des Beweises zu erwecken.

[31] Zur Vorgeschichte a. a. O., S. 88.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine Broschüre der Ost-CDU gibt – bei ähnlicher, wenn auch weniger bestimmter Tendenz – das letzte Wort Stauffenbergs mit „Es lebe das ewige Deutschland!" wieder[32]. An diese etwas gewaltsame Inanspruchnahme die Frage nach ihrem Motiv zu knüpfen, erscheint nicht unberechtigt. Zugleich stellt sich hier erneut das schon mehrfach berührte Problem, welche Rolle in dieser Interpretation des Widerstandes dem Element des Nationalen zugewiesen wird. Es zeichnet sich noch schärfer in einer Gegenüberstellung des Berner Programms mit den Plänen Goerdelers ab, die Lothar Berthold in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft vornimmt:

> „Zwei Programme stehen sich gegenüber. Das eine, das nationale Programm der Berner Konferenz, arbeiteten die besten Patrioten unseres Volkes aus. Es wies den Weg zum wahrhaften Frieden und zur wirklichen Demokratie ... Das andere, das antinationale Programm der imperialistischen Verschwörer, arbeiteten die Feinde unseres Volkes aus. Es konservierte den Krieg und wollte die Antidemokratie verewigen[33]."

Ganz abgesehen von der offenbaren Verzerrung der Goerdelerschen Zielsetzungen fällt hier auf, wie viel Wert auf das patriotische Attribut gelegt wird. Man erinnert sich wohl noch der Vorwürfe von 1935, die KPD habe das Nationalgefühl nicht genügend in Rechnung gestellt. Tatsächlich hatte sich schon in den 20er Jahren in Kreisen der deutschen Kommunisten so etwas wie Unlust an der dogmatisch geforderten Vaterlandsfeindlichkeit geregt. So bestritt Tucholsky der politischen Rechten das Monopol auf Vaterlandsliebe und beklagte die Spaltung Deutschlands in nationale Verbände.

Schon damals konnten Stalinsche Thesen die Brücke dazu bieten, die Volksfront als eigentlich „national" zu reklamieren. Entgegen der Auffassung, daß Klassenkampf und Nationalitätsprinzip sich ausschließende Kräfte seien, verstand dieser sie dialektisch als einen „Widerspruch der Übergangszeit". 1930 schrieb er:

> „Aufblühen der nationalen Kulturen (und Sprachen) in der Periode der Diktatur des Proletariats in einem Lande zwecks Vorbereitung der Bedingungen für ihr Absterben und ihre Verschmelzung zu einer gemeinsamen sozialistischen Kultur (und zu einer gemeinsamen Sprache) in der Periode des Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt[34]."

---

[32] Gertrud Illing, Der 20. Juli 1944, Hefte aus Burgscheidungen, hrsg. von der Zentralen Schulungsstätte der CDU „Otto Nuschke", o. J., S. 35. Nach E. Zellers quellennaher Überlieferung lauteten die Worte: „Es lebe unser heiliges Deutschland" (Geist der Freiheit, S. 259).

[33] Lothar Berthold, Der Kampf der KPD, a. a. O.

[34] Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin 1955, S. 350f. Dort heißt es weiter: „In Wirklichkeit ist die Periode der Diktatur des Proletariates und des sozialistischen Aufbaues in der UdSSR eine Periode des Aufblühens der nationalen Kulturen, die ihrem Inhalt nach sozialistisch, ihrer Form nach national sind, denn die Nationen selbst sind in der Sowjetordnung ja keine gewöhnlichen ‚modernen' Nationen, sondern sozialistische Nationen, ebenso wie ihre nationalen Kulturen dem Inhalt nach keine gewöhnlichen, bürgerlichen Kulturen, sondern sozialistische Kulturen sind."

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese dialektische Verknüpfung von „national" und „sozialistisch" durch Stalin hat gewiß eine taktische Erleichterung für die Bildung einer Volksfrontbewegung in Mittel- und Westeuropa bedeutet, indem sie den Wechsel auf die demokratische Linie ermöglichte, die sich vom Berner Programm bis zum Nationalkomitee hin durchzieht. In Wahrheit bezogen sich Stalins Thesen auf innerrussische Verhältnisse und Probleme. Die antifaschistischen Volksfrontler erscheinen so fast als zufällige Nutznießer.

Wie dem auch sei, – indem man die Vaterlandsliebe Stauffenbergs in den „Patriotismus" der Volksfront umdeutet, kann man ihn und das Attentat auf Hitler für den „Antifaschismus" annektieren. Zwar kann dieser mit Recht auf die gewiß nicht unwirksame subversive Tätigkeit illegaler Gruppen verweisen[35], aber ein irgendwie größerer Schlag konnte von der deutschen „antifaschistischen Volksfront" nicht geführt werden. Hier befindet sich die östliche Geschichtsschreibung wiederum in ausgesprochener Verlegenheit. Sie kann als ihre „Täter" eigentlich nur Pieck und Ulbricht anführen, die im Ausland waren. Das Gestrüpp der Dogmatik, die Widerstand außerhalb des Klassenkampfschemas nicht anzuerkennen erlaubt, zwingt, die Wirklichkeit zurechtzurücken. Auch der „Kunstgriff", die gesamte bürgerliche Opposition unter Goerdeler zu subsumieren und den größten Teil derjenigen, die eigentlich in der geforderten Einheitsfront gestanden haben müßten, als „Opportunisten" und „Lumpenproletariat" im Lager der Imperialisten zu belassen, weil sie das Klassenkampfschema sprengen würden, soll nicht zuletzt das Scheitern der Volks- und Einheitsfront verschleiern und die Kontinuität zur „DDR" wahren. Der VII. Weltkongreß konstatierte „den wachsenden Drang der Massen zur Einheitsfront". Die große Zahl derer, die außerhalb der KPD gegen Hitler opponierten, als Antifaschisten anerkennen, hieße jenes Dogma widerlegen. So versucht man, die Einheitsfront in den kleinen Gruppen, die Volksfront im Nationalkomitee bestätigt zu sehen. Da der endliche „Sieg" des „Antifaschismus" in Wirklichkeit ja durchaus abhängig war von den Panzern der Roten Armee, muß der sowjetdeutsche Historiker eine Revolution erklären, die gesetzmäßig hätte von innen erfolgen müssen, in Ermanglung der Massenbasis jedoch von außen aufgezwungen wurde. Der von vornherein erfolglose Versuch, Stauffenbergs Tat als aus der antifaschistischen Volksfront erwachsen auszugeben und damit die am meisten hervorstechende Widerstandshandlung zum Antifaschismus im strengen Sinne zu rechnen, kann doch die Tatsache nicht verdecken, daß in der Epoche des Faschismus als einer Extremform des Imperialismus von einem Klassenkampf im Sinne des Marxismus-Leninismus nicht die Rede war. Hier steht der marxistisch-leninistische Historiker vor der Tatsache, daß in einer Zeit, in der gemäß den „objektiven Bedingungen" die Klassengegensätze ihre schärfste Ausformung erfahren

[35] Zu nennen wären hier etwa die Neubauer-Poser-Gruppe und die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, deren Bedeutung im Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht unterschätzt werden sollte. Vgl. dazu die Arbeiten von G. Glondajewski/H. Schumann und die von G. Nitzsche in der Schriftenreihe „Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung", Heft 16 und 18.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben müßten, nationale Motive diese Gegensätze völlig überlagerten. Darüber hinaus raubt er durch die Abgrenzung des Antifaschismus im Sinne des Klassenkampfschemas, die eine Anerkennung des größeren Teils der Gegner Hitlers als Antifaschisten nicht zuläßt, seiner Konstruktion „antifaschistische Einheits- und Volksfront unter der Führung der KPD" die Basis und zwingt sich dadurch selbst, Menschen und Ereignisse zurechtzubiegen, um sie durch die Hintertür doch noch hineinziehen zu können. Die Verknüpfung des innerdeutschen Antifaschismus mit der siegreichen Roten Armee vermag in der Tat nur schwer zu verschleiern, daß der antifaschistischen proletarischen Revolution der „gesetzmäßig" geforderte Sieg nicht beschieden war, daß der Antifaschismus keinen wesentlichen Anteil am endlichen Sturz Hitlers vorweisen kann, wie es der sowjetische Historiker D. I. Melnikow ohne Rücksichtnahme auf heutige Bundesgenossen oder Satelliten ausdrückt:

„Das Schicksal Hitlerdeutschlands war auf den Schlachtfeldern der UdSSR und Osteuropas unabwendbar entschieden worden[36]."

In diesen Widersprüchen und Unstimmigkeiten zeigt sich, wohin eine Geschichtsauffassung geführt wird, die eine absolute „Funktionalisierung" der Opposition gegen den Nationalsozialismus betreibt. Indem der marxistisch-leninistische Historiker dem Widerstand die Qualität einer bloß oder auch geistigen Bewegung, eines Umbruchs im menschlichen Denken abspricht, treibt er sich selbst zur krampfhaften Suche nach einer Tat, die geeignet ist, den Anteil des Antifaschismus am Sturze Hitlers und damit die proletarische Revolution „symbolisch" zu demonstrieren.

Erweisen sich für den östlichen Historiker der Rahmen der Determiniertheit und der ökonomische Begriffsapparat schon in den großen geschichtlichen Bewegungen als der Wirklichkeit unterlegen, so noch mehr vor den Differenzierungen der Persönlichkeiten, vor der Vielfalt des Menschlichen. Ernst Engelberg schreibt in einem Aufsatz über die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung:

„Ihr Ausgangs- und Endpunkt ist der Mensch in seiner produktiven Tätigkeit und seinen gesellschaftlichen Beziehungen[37]."

Die Geschichtsschreibung der „DDR" überliefert in der Tat Zeugnisse, denen zufolge die Antifaschisten jener Maxime, die Engelberg, indem er Wertmaßstäbe völlig umkehrt, „zutiefst humanistisch" nennt, zu entsprechen versuchten. Aus einer Orientierung der illegalen KPD über die Solidarität der Arbeiter mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus dem Jahre 1943 stammen die folgende Sätze:

„Wir machen niemals in Wohltätigkeit um der Wohltätigkeit willen. Wir sind keine Mitleidsapostel, sondern helfen den ausländischen Arbeitern aus unserem Klassenbewußtsein heraus, gemeinschaftlich mit ihnen unsere gemeinschaftlichen Feinde zu stürzen[38]."

---

[36] D. I. Melnikow, Die welthistorische Bilanz des Sieges der freiheitsliebenden Völker über den deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg, ZfG 3/1960.

[37] Ernst Engelberg, Politik und Geschichtsschreibung, ZfG 1958, S. 437.

[38] Aus einer Orientierung der Leitung der illegalen KPD aus dem Jahre 1943. Zitiert nach F. Knittel, Die KPD, a. a. O.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gleichwohl möchte man getrost glauben, daß auch die klassenbewußten Arbeiter oft genug ein Butterbrot oder einen Teller Suppe hergeschenkt haben, weil sie den Kriegsgefangenen nicht hungern sehen konnten, daß sie aus Mitleid, nicht aus Zweckdenken dem Opfer der Unmenschlichkeit Menschliches erwiesen haben. Viele Deutsche, die als Kriegsgefangene in russischen Lagern lebten, erinnern sich gerne der kleinen Gaben, die sie von russischen Menschen entgegen allen Anordnungen erhielten. Wenn sich hier die Menschlichkeit über die Solidarität mit den Zielen des Proletariats hinaus bewährte, so waren die deutschen Proletarier in diesem Betracht gewiß nicht klassenbewußter als die sowjetischen. Aber die Theorie will das nicht wahrhaben.

So ist denn der Mensch, der erleiden kann oder handeln kann, aus dem Antifaschismus herausgenommen, an seine Stelle sind Gruppen, gesellschaftliche Beziehungen gesetzt. Immer wieder stößt man in den Veröffentlichungen über den Antifaschismus auf Sätze und Aussprüche, die sich aus Bilanzen oder Produktionsberichten von Industriewerken verirrt haben könnten[39]. Der Begriffsapparat der Ökonomie, jener gesellschaftlichen Beziehungen, reicht aber nicht einmal aus, die Vielgestaltigkeit des Widerstandes in den Reihen der kommunistischen Gruppen selbst voll zu erfassen, für den bürgerlichen Widerstand fehlen im Begriff Antifaschismus alle Kategorien. Ulbricht schreibt anklagend in seiner „Geschichte der neuesten Zeit“:

> „Der Entwurf der Regierungserklärung (Goerdelers) beginnt mit der Erklärung über die „Majestät des Rechts“, aber nicht mit der sofortigen Einstellung der Kriegshandlungen . . .“

Recht und Unrecht, Loyalität gegenüber dem Vaterland, Bruch der Loyalität um der ethischen Unbedingtheit willen, Gewissenskampf und Gewissensentscheidung – diese Begriffe, die auf den Grund des Menschlichen im Protest gegen das Unmenschliche zurückgehen, braucht der Historiker der „DDR“ nicht, er kann sie nicht brauchen, weil ihre Anerkennung fatale Konsequenzen antitotalitärer Art haben könnte. So sehr Widerstand gegen den Nationalsozialismus und Antifaschismus auf den ersten Blick ähnliches zu bezeichnen scheinen, so radikal wird von Osten her die Grenze zwischen ihnen gezogen.

Tröstlich nur, daß in der historischen Wirklichkeit, wie sich etwa in den K.Z. gezeigt hat, die Vertreter der angeblich gegensätzlichen Begriffe einander näher waren, und daß diese theoretischen Verengungen bestenfalls eines beweisen: Es gab unter der Herrschaft des Nationalsozialismus mehr Vertreter des Widerstands im allgemeinen Sinn (der die Kommunisten einschließen würde) als „Antifaschisten“.

[39] So etwa in der Quellensammlung: Walter A. Schmidt, Damit Deutschland lebe, Berlin 1958.

Jahrgang 9 (1961), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte